



KAV Mecklenburg-Vorpommern · Bertha-von-Suttner-Str. 5 · 19061 Schwerin

Gemeinde
Ostseebad Boltenhagen
Vorsitzender der Gemeindevertretung
z.Hd. Herrn Schmiedeberg
Ostseeallee 36
23946 Boltenhagen

Auskunft erteilt:
Telefon: 03 85 / 30 31 -
Telefax: 03 85 / 3 03 14 02
E-Mail: @kav-mv.de

Ihre Nachricht vom / Aktenzeichen

Unsere Nachricht vom / Aktenzeichen

Schwerin, den

15. September 2010

Beratungsverhältnis Gemeinde Ostseebad Boltenhagen ./. Kathrin Dietrich
Ihre mail vom 14.08.2010

Sehr geehrter Herr Schmiedeberg,

die von Ihnen erhobenen Bedenken gegen die Prozessführung in dem o. g. Beratungsverhältnis haben wir geprüft.

Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband Mecklenburg-Vorpommern e. V. ist die Gemeinde Ostseebad Boltenhagen als Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts, nicht jedoch deren Organe Bürgermeister oder Gemeindevertretung. Ausnahmslos handelt für eine Gemeinde nach außen dessen gesetzlicher Vertreter.

Fehler in der internen Willensbildung wirken nicht nach außen. Für das vom Mitgliedschaftsverhältnis getrennt zu betrachtende Mandatsverhältnis als Geschäftsbesorgungsvertrag gilt nichts anderes. Der KAV bzw. dessen Prozessvertreter ist insoweit den Weisungen des gesetzlich vertretenen Mitgliedes unterworfen. Insoweit hat der Bürgermeister der Gemeinde den KAV trotz des Hinweises auf die Position der Gemeindevertretung schriftlich zur Einlegung der Berufung angewiesen. Ebenso erfolgte zunächst nach unserer Anfrage vom 13.04.2010 auch die schriftliche Weisung, die Berufung nicht zurückzunehmen und sinngemäß den Ausgang des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens abzuwarten.

Die Kündigung war sowohl formell als auch materiell rechtmäßig. Die Kündigung war als Verdachtskündigung ausgesprochen. Die Verdachtskündigung ist ein Unterfall der personen-/verhaltensbedingten Kündigung eines Arbeitsverhältnisses infolge fehlenden Vertrauens. Sie ist keine Sanktion für das in Verdacht stehende strafrechtliche Verhalten des Arbeitnehmers sondern eine Prognose für die Zukunft, ob das für den Fortbestand des Arbeitsverhältnisses erforderliche Vertrauen zerstört ist oder wiederhergestellt werden kann. Insofern ist für das strafrechtliche Institut der Unschuldsvermutung kein Raum, da sich das Ermittlungsverfahren auf die Aufklärung

einer Tat und ggfls. deren Sanktion bezieht.

Das Arbeitsgericht hat sich mit seinen Entscheidungsgründen gegen die Rechtsprechung des Landesarbeitsgerichtes M-V gestellt. Hinsichtlich des doppelten Unterschrifts- und Siegelungserfordernis scheitert es für eine Kündigung bereits an dem erforderlichen Verpflichtungsgeschäft. Diese Sichtweise wird sowohl von der Kommentarliteratur als auch von dem in diesem Zusammenhang angefragten Innenministerium geteilt. Auch die Beschränkung des Bürgermeisters im Innenverhältnis wirkt nach der Rechtsprechung des Landesarbeitsgerichtes M-V in vergleichbaren Fällen nicht auf das Außenverhältnis. Vor diesem Hintergrund hat der Vorsitzende Richter der 2. Kammer in Vorbereitung der mündlichen Verhandlung vom 07.04.2010 die beklagte Gemeinde vorbehaltlich der Beschlussfassung durch die Kammer gebeten, die von ihr benannten Zeugen für das den Verdacht auslösende Verhalten zum Verhandlungstermin mitzubringen, damit in diesem Termin auch eine Beweisaufnahme stattfinden könne. Daraus war ersichtlich, dass die Wirksamkeit der Kündigung nicht von diesen formalen Gesichtspunkten sondern von dem Beweis durch die Zeugen abhängig war. Da sich zumindest ein Zeuge diesbezüglich bereits selbst belastet und einen Strafbefehl akzeptiert hatte, war der Inhalt der Zeugenaussage nicht zweifelhaft. Demzufolge wäre das Berufungsverfahren zu Gunsten der Gemeinde ausgegangen.

Der Vollständigkeit halber sei ausgeführt, dass Herr Schmitz nach eigener Aussage zu keinem Zeitpunkt gesagt hat "Ich vertrete nur den Bürgermeister", sondern darauf verwiesen habe, dass aus rechtlichen Gründen das Außenverhältnis maßgeblich sei. Auch hat er nicht gesagt, dass die Meinung der Gemeindevertretung nicht interessiere, sondern das Meinungsverschiedenheiten zwischen Bürgermeister und Gemeindevertreter intern mit den entsprechenden Mittel auszutragen seien. In diesem Zusammenhang hat Herr Schmitz zutreffend darauf hingewiesen, dass ein Prozessvertreter den Weisungen des gesetzlichen Vertreters unterworfen sei. Ebenso wurde nicht ignoriert, dass die Hauptsatzung den Bürgermeister im Innenverhältnis beschränkte, da dies einer der Schwerpunkte des Rechtsstreites war. Gleichfalls trifft es nicht zu, Herr Schmitz hätte den Verdacht der Mittäterschaft von Frau Dietrich geäußert, sondern im Schreiben vom 22.01.2010 ist dies ausdrücklich offengelassen, da es für die Kündigung hierauf nicht ankam.

In sofern sehen wir keinen Grund für die Beanstandung der Prozessführung. Der für die Gemeinde negative Ausgang des Verfahrens lag nicht in der Verantwortung des Kommunalen Arbeitgeberverbandes.

Ich bitte Sie daher um Verständnis und stehe für weitere Fragen gern zur Verfügung. Dem Bürgermeister als gesetzlichem Vertreter der Gemeinde haben wir eine Kopie dieses Schreiben übersandt.

Mit freundlichen Grüßen



Axmann

Verbandsgeschäftsführerin